

Niederschrift

des Berichtes, den Herr Pastor H.-G. Schmidt als Vorsitzender des Stiftungsvorstandes anläßlich einer Mitarbeiterversammlung am 29.10.1981 gab.

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

durch das, was eben die Mitarbeiterschaft an Fragen gestellt hat, durch die Mitteilungen in den Medien, aber auch durch unsere eigenen Aktivitäten im Sinne von Informationen und Verhandlungen in verschiedenen Gremien sind Sie aufmerksam geworden auf die schwierigen Umstände, in die wir vor allem im finanziellen Bereich geraten sind, und das bezieht sich nicht nur auf das Werner Otto-Institut, über das ja in der vorigen Mitarbeiterversammlung eingehend gesprochen worden ist und über das ich im Verlauf meiner Ausführungen auch noch etwas sagen werde, sondern das bezieht sich im wachsenden Maße nun auch auf unsere Heilerziehungs-, Heil- und Pflegeanstalt und auf das Evang. Krankenhaus.

Durch die begonnenen Maßnahmen ist Unruhe unter der Mitarbeiterschaft entstanden. Die Beteiligung zeigt das, wobei ich betonen möchte, daß Vorstand und Anstaltsleitung selbstverständlich die heutige Mitarbeiterversammlung dazu nutzen, Ihnen ein möglichst ungeschminktes Bild über die derzeitige wirtschaftliche Lage und ihre Konsequenzen zu bieten, und über die Maßnahmen, die wir entweder schon eingeleitet haben oder noch einleiten werden. Sie werden dabei sehen, daß wir weder schlafen noch gewillt sind, ohne Kampf Positionen aufzugeben, die zu Lasten unserer Bewohner gehen und zu Lasten unserer Mitarbeiter. Lassen Sie sich, liebe Mitarbeiter, weder von innen noch von außen mündlich oder schriftlich, aufhetzen und zu vorschnellen Urteilen hinreißen etwa dergestalt: "Die da oben kümmern sich um uns und die Behinderten einen Quark, sondern sind nur auf ihr eigenes Prestige aus!" Giftige Polemik hat noch niemand geholfen; vielmehr geht es um eine nüchterne Sachanalyse und um äußerst abwägende, dabei durchaus kampfbereite Strategien, wie wir den Schwung im Blick auf eine bessere Förderung und Versorgung unserer Bewohner in den letzten Jahren nicht nur beibehalten, sondern womöglich noch steigern können.

Denn daran kann selbst das neueste und sehr polemische Blättchen des sog. Kollegenkreises nicht vorbei, daß es offensichtlich ja positive Dinge bei uns auch gibt. Ich zitiere einen Abschnitt eines der zahlreichen veröffentlichten Briefe: "Dieses Vierteljahr brachte für unsere Abteilung sowohl positive Auswirkungen für den Verlauf der Nächte als auch auf den Tagesablauf. Die Nächte verlaufen ruhiger, da die Bewohner selbst entscheiden, wann sie ins Bett gehen wollen, und außerdem gehen sie durch die Abendgestaltung ausgeglichener ins Bett. Auch tagsüber bemerkt man eine größere Aufnahmefähigkeit. So zeigen unsere Bewohner

eine größere Aufnahmefähigkeit während der Arbeit in unseren täglich stattfindenden Fördergruppen."

Nun ist natürlich das Paradies nicht erst seit einem Vierteljahr ausgebrochen, sondern in einer kontinuierlichen und systematischen Weise haben sich seit 1971 etwa die personellen wie baulichen Verhältnisse nachweisbar gebessert. So hat sich vor allem im personellen Bereich die Situation so ergeben, daß die Zahl der Mitarbeiter insgesamt in der Stiftung von 915 im Jahre 1971 auf 2.563 im Jahre 1981 (die beantragte, noch nicht genehmigte Zahl) vergrößert, d.h. um das Zweieinhalbfache, während die Zahl der Mitarbeiter in der HPA im gleichen Zeitraum sich verfünffacht hat, nämlich von 225 auf 1.250.

Und die explosionsartigen Zunahmen sind bereits in den Jahren 1971/72 und 1974/75 mit jeweils 25% Vermehrung zu konstatieren gewesen, wie sie es dann noch einmal 1978/79 waren, als sogar wegen der Inbetriebnahme des Wilfried-Borck-Hauses ca. 35% Personal mehr eingestellt wurde.

Seitdem sind die Zahlenexplosionen zurückgegangen, wengleich sie zwischen 1979 und 1980 immer noch, eigentlich bis heute, hier um etwa 15-20% angestiegen sind.

Entsprechendes gilt von den Bauten. Über aller Kritik, konstruktiv oder böse, darf ja schlicht nicht vergessen werden, daß wir in den letzten 10 Jahren Jahr für Jahr einen Bau für mehrere Millionen Mark auf die Beine gestellt haben; seit diesem Jahr 1981 mit der Inbetriebnahme der Sonderschule kann unser Kinder- und Jugendbereich als saniert gelten.

Wenn es dort nach wie vor Probleme gibt, dann liegen sie auf einem gänzlich anderen Gebiet, nämlich dem der Mitarbeiterführung und -kommunikation. Hier ist in Zukunft viel zu tun; aber grundsätzlich, was Personelles und Bauliches angeht, sind wir hier aus dem Schneider.

Daß bei diesem ganzen Prozess natürlich die Pflegesätze auch eine Rolle spielen, ist selbstverständlich; denn personelles und bauliches Geschehen hat unmittelbar oder mittelbar mit den Pflegesätzen zu tun. Von 1971 bis 1980 hat sich der Pflegesatz vervierfacht, wobei man endlich einmal der bei Kritikern so gern vorzufindenden Legende erneut auf den Leib rücken sollte, daß wir irgendwann die Pflegesätze nicht in einer angemessenen Höhe eingeworben hätten. Ich darf hier wieder auf die kühlen, nüchternen Fakten verweisen, daß der größte Schub nach oben nicht etwa in den letzten zwei Jahren erfolgte, sondern zwischen 1973 und 1974, als der Satz von DM 37,80 auf DM 54,75 heraufschnellte, also sich um über 40 % vermehrte. Im Jahre 1975 betrug er dann DM 62,25, im Jahre 1976 DM 65,65, im Jahre 1977 DM 71,15, im Jahre 1978 DM 78,65, im Jahre 1979 (nach den Krawallen) DM 97,-- (+ ca.20%) und im Jahre 1980 DM 120,55 (+ca. 25%). Etwas geringer fiel er im Erziehungsheim Alstertal aus.

Insgesamt haben wir Fortschritte gemacht und brauchen uns dieser nicht dauernd zu schämen oder dauernd Rechtfertigungsversuche zu starten, die meistens eine unglückliche Sache sind. Es ist eine im ganzen erfreuliche Bilanz, die auch darin zum Ausdruck kommt, daß wir heute weniger als 1.000 Bewohner bereits auf dem Zentralgelände zählen. Und sie sollte nun mit machtvollen Schritten weitergeführt werden: Sie wissen, daß wir einen Generalbebauungsplan haben, der vorsieht, bis spätestens zum Jahre 2000 die Zahl auf möglichst 600 Bewohner zu reduzieren, durch weitere Wohngruppen, die zu den 22 seit 1975 errichteten dazustoßen sollten, durch sog. stadtteilintegrierte Siedlungen und durch Sanierung und vor allem damit verbundene entscheidende Auflockerungsmaßnahmen hier am Ort. 1986 sollten sämtliche Baracken verschwunden sein und damit eine desolate Situation, die nicht unwesentlich zu unserem schlechten Image bei manchen beiträgt.

Zwei Ereignisse der jüngsten Vergangenheit drohen hier, uns einen Strich durch die Rechnung zu machen. Zwar haben wir infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen böse Ahnungen gehabt, aber erst diese beiden Ereignisse haben uns einen erheblichen Schock versetzt; es geht um zwei Verhandlungen, die der Vorstand einmal mit Senator Ehlers am 30.9. d.J. geführt hat und zum zweiten um ein ernstes Gespräch, das Vorstand, Anstaltsleitung und Montagskreis am 9. Oktober d.J. mit der gesamten SPD-Bezirksspitze des Bezirkes Nord, also auch mit Senator Ehlers, Senatsdirektor Runde und Dr. Apel gehabt haben. Bei diesem Gespräch wurde von Senator Ehlers unmißverständlich erklärt, daß 1982 im Personalbereich 1,5 % und im Sachkostenbereich 5 % Einsparungen vorzunehmen wären, und zwar in allen Einrichtungen sowohl des Staates als der freien Träger. Außerdem gab er auf unsere Einzelfragen hin klipp und klar die Auskunft, daß die Ersatzbauten für die Häuser "Samaria", "Bethesda" und "Michelfelder Kinderheim" entgegen früheren Vorhaben nicht in die mittelfristige Finanzplanung 1984 aufgenommen seien, und daß auch für die stadtteilintegrierten Siedlungen ein solcher Schritt nicht getan worden sei. Ebenfalls mache man uns in der Richtung der Entstehung neuer Außen-Wohngruppen kaum noch Hoffnungen. Insgesamt stehe nur vage eine zahlenmäßig vom Senator nicht näher genannte disponible finanzielle Masse für einzelne Projekte zur Verfügung, deren Genehmigung und Durchführung aber als außerordentlich schwer von vornherein bezeichnet wurde.

Diese im Grunde niederschmetternden Ergebnisse am 9. Oktober gefährden, wenn sie so in die Tat umgesetzt werden, wie sie angekündigt sind, unsere gesamte Planung zugunsten einer umfassenden Besserung der Fördersituation unserer erwachsenen Bewohner in der Zentrale. Eine Umsetzung in die Wirklichkeit würde uns, die wir sowieso gegenüber anderen Einrichtungen der Behindertenhilfe noch immer hinterherhinken, um Jahre zurückwerfen, und deshalb können wir solche zu Lasten der Behinderten gehenden Maßnahmen nie und nimmer akzeptieren.

Nach sorgfältigen, nüchternen Analysen sind Vorstand und Anstaltsleitung zu einer Reihe von Entscheidungen nach außen und nach innen gekommen, die ich Ihnen hier mitteilen möchte. Bevor ich das tue, möchte ich aber in aller Öffentlichkeit hier erklären, daß die Gerüchte und die damit schnellverbundenen Polemiken, als sei an dem Abend des 9. Oktober nur der Vertreter des Montagskreises den Ausführungen des Senators entgegengetreten, schlicht unwahr sind. Ich selbst habe dem Senator den Kampf angesagt und werde auch kämpfen, wenn Sie mir heute, was meine Hoffnung ist, den Rücken stärken. Aber inzwischen ist bereits etwas geschehen, und es sollten sich diejenigen, die Polemik und nicht Wahrheit auf ihre Fahnen und in ihre Hefte geschrieben haben, fragen, ob sie ein solches Vorgehen eines ständigen Beschmutzens unserer Anstaltsgremien eigentlich noch in irgendeiner Weise verantworten können. Geschehen ist folgendes: Vorstand und Anstaltsleitung haben einen Brief an Senator Ehlers gerichtet, der nach meiner Meinung an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt und den ich deshalb in seinen wesentlichsten Passagen verlese:

"Wir nehmen Bezug auf das Gespräch in Ihrem Hause am 30.9.1981 sowie auf Ihren Besuch bei uns am 9.10.1981.

Sie teilten uns dabei mit, daß wir 1982 im Personalbereich etwa 1,5 % und im Sachkostenbereich 5 % an Netto-Einsparungen vorzunehmen hätten. Außerdem unterrichteten Sie uns davon, daß weder die sogen. Ersatzbauten auf dem Zentralgelände noch ein stadtteil-integrierter Wohnbereich in die Mittelfristige Finanzplanung aufgenommen worden seien. Auch hinsichtlich der Errichtung neuer Außen-Wohngruppen machten Sie uns kaum Hoffnungen.

Diese Entscheidungen, sollten sie endgültig sein - stellen uns nicht nur vor ganz erhebliche Schwierigkeiten, sie machen auch wesentliche Teile unserer kurz-, mittel- und langfristigen Konzeption zunichte, die ja bisher einvernehmlich mit Ihrer Behörde erarbeitet worden ist. Auch wenn wir uns nach Kräften bemühen werden, die auf uns zukommenden Einsparungen im Personalbereich innerbetrieblich aufzufangen, so muß doch in aller Deutlichkeit gesagt werden, daß eine Verschlechterung in der Betreuung und Förderung unserer Bewohner nicht auszuschließen ist.

Die geforderten Einsparungen im Sachkostenbereich und hier insbesondere die Instandhaltungs- und Ausstattungsmaßnahmen treffen uns ebenfalls hart: Sollten sie dazu führen, daß wir die für 1982 geplante Grundinstandsetzung unseres Hauses "Hoher Wimpel" nicht durchführen können, so wissen wir nicht, wie wir dies vor den dort lebenden Behinderten und dort tätigen Mitarbeitern verantworten sollen.

Die Beschlüsse der BAJ S zum Investitions-Bereich haben für uns existentielle Qualität:

Wir hatten fest damit gerechnet, daß bis etwa 1985 außer dem großen Wohn- und Therapie-

gebäude auch die sogen. Ersatzbauten auf dem Zentralgelände fertiggestellt sein würden und daß darüberhinaus bis zu diesem Zeitpunkt mindestens ein größerer stadtteilintegrierter Wohnbereich ("Behindertendorf") mit ca. 100 Bewohnern sich in der Realisierungsphase befinden würde, wobei wir in Übereinstimmung mit Ihrem Hause dem Gelände des Kinderheimes Ochsenzoll absolute Priorität eingeräumt haben. Darüberhinaus wollten wir unsere Bemühungen verstärken, Behinderte in Außen-Wohngruppen unterschiedlicher Größenordnung unterzubringen.

Mit diesen Maßnahmen wäre es uns gelungen, die dringend erforderliche Auflockerung des Zentralbereiches auf rd. 600 Bewohner in absehbarer Zeit zu erreichen und für alle Behinderten menschenwürdige und zeitgemäße Wohn- und Förderbedingungen herzustellen. Dies hätte gleichzeitig auch für unsere Mitarbeiter, die teilweise unter schwersten und kaum noch zumutbaren äußeren Bedingungen arbeiten, eine positive Perspektive bedeutet.

Gestatten Sie uns in diesem Zusammenhang auch auf den Sachverhalt hinzuweisen, daß 1988 die Übergangsfrist gemäß der "Verordnung über bauliche Mindestanforderungen" abläuft und wir spätestens zu diesem Zeitpunkt die aus diesen Vorschriften abzuleitenden Auflagen erfüllt haben müssen.

Wir bitten um Ihr Verständnis, daß wir in Wahrnehmung der Interessen unserer Bewohner und unserer Mitarbeiter die von Ihnen mitgeteilten Sparbeschlüsse und ihre Auswirkungen größtenteils nicht akzeptieren können und Sie ebenso herzlich wie dringend bitten, sich folgenden Forderungen anzuschließen und sie in Ihrer Behörde und im Senat mit Nachdruck zu vertreten:

1. Die Kosten für die "Ersatzbauten" sind noch in die aktuelle Mittelfristige Finanzplanung aufzunehmen.
2. Die Errichtung weiterer kleiner Außenwohngruppen und auch größerer Wohneinheiten sind uns durch Übernahme der damit verbundenen Mehrkosten zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang bitten wir auch um Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Objekten.
3. Die Planungen für einen stadtteilintegrierten Wohnbereich in Ochsenzoll sind voranzutreiben, damit er spätestens 1982 in die Mittelfristige Finanzplanung aufgenommen werden kann. In diesem Zusammenhang wären wir für eine schriftliche Bestätigung dankbar, daß das Gelände des Kinderheimes Ochsenzoll nach dessen Auflösung für diesen Zweck zur Verfügung steht.
4. Das ehemalige DRK-Krankenhaus - unser jetziges Stadthaus Schlump - ist uns mindestens solange zu überlassen, bis die Ansiedlung in Ochsenzoll fertiggestellt ist.

5. Von der 5 %igen Einsparungsquote im Sachkostenhaushalt darf die für 1982 geplante Grundinstandsetzung des Hauses "Hoher Wimpel" nicht berührt werden, d.h. sie ist als eigenständige Maßnahme außerhalb der Instandsetzungspauschale zu finanzieren."

Ich denke, daß nun die Behörde an der Reihe ist zu antworten, und wir müssen uns, falls die Antwort negativ ausfällt, dann Dinge überlegen, die über den Kampf um einzelne Projekte bis zu dem Gedanken führen können, den ich Ihnen unlängst bereits einmal avisiert habe, als es um die Erhaltung des Werner Otto-Institutes ging, nämlich bis zu Gedanken gezielter Demonstrationen; denn es geht um die menschenwürdige Existenz unserer Bewohner. Im anderen Zusammenhang hat das Diakonische Werk uns hier evtl. Wege eröffnet, die wir noch beschreiten können. Hier bin ich auch dem neuesten Heft "Wir helfen nach" direkt dankbar, das offenbar meine Gedanken auf S. 7 aufgenommen hat.

Auf der anderen Seite darf nüchterne Politik nicht an den Realitäten vorbeigehen. Was den Stellenplan angeht, kommen wir um die vorhin genannten Stops bzw. Kürzungen nicht herum. Hier gibt es so gut wie definitive Anweisungen, die nur im Einzelfall und auch da nur nach Kämpfen, durchbrochen werden können. Insgesamt können wir keine neuen Stellen zur Verfügung stellen; wir haben es im Vorgriff auf die Pflegesatzverhandlungen 1981 in den dringenden Fällen getan, z. B. für die Abt. 39 12 Stellen, Abt. 29 2 Stellen und ferner eine Reihe von Stellen für die zentralen Nachtwachen. Wenn wir jetzt woanders neue Stellen zur Verfügung stellen müssen, können wir dies nur unter Sperrung oder Streichung anderer Stellen bewerkstelligen. Solche neuen Stellen auf Kosten anderer Stellen müssen wir jetzt für das besonders hart betroffene Erziehungs- und Pflegegebiet weiblich II einrichten; dieser Bereich kann erst jetzt mit einer erheblichen Auflockerung beginnen. Nun ist es allerdings auch so, daß wir im Anstaltsbereich im Jahre 1980 435 mehr Stellen als 1978 und zum größten Teil auch besetzt haben. Wenn man die Durchschnittskosten einer Stelle einschließlich Arbeitgeberbelastung mit DM 40.000,-- ansetzt, sind das schon über DM 16 Mio im Jahr als Personalkostenzuwachs. Hinzu kommt die Vergütung aller Mitarbeiter im Erziehungs- und Pflegedienst nach dem Erzieher-tarif des BAT. Dann ist da aufmerksam zu machen auf die vermehrte Einstellung fachlich vorgebildeter Mitarbeiter, ebenso auf den rasanten Ausbau des Ausbildungswesens. Die BAJS verlangt von uns, daß wir vor der Einrichtung weiterer neuer Stellen der Tatsache Rechnung tragen, daß wir unsere Behinderten in großer Zahl tagsüber entweder in der Werkstatt für Behinderte haben oder über größere Zeiten des Tages in der Sonderschule oder auch in den Therapien. Diese Entlastung der Wohngruppen muß Auswirkungen auf die Stellenpläne zwar nicht aller,

jedoch einer Reihe von Wohngruppen haben.

Es ist ein aus den verschiedensten Berufsbereichen herkommender Ausschuß eingesetzt worden, der Grundsätze für die Stellenzuweisungen erarbeiten und eine teilweise Umschichtung der Stellen vorschlagen soll. Über die Ergebnisse werden Anstaltsleitung und Vorstand mit der Mitarbeitervertretung zu beraten und zu entscheiden haben. Nach objektiven Maßstäben ist auch in den anderen Bereichen der Anstalt - Verwaltung, Schulen - mit dem Ziel der Einsparung von Stellen vorzugehen.

Mit dem Ergebnis der teilweisen Umschichtung hoffen wir, die dringendsten Stellenbedarfe abdecken zu können.

Wenn wir unsere eigenen Bemühungen um sparsamen Einsatz der Stellen durchgesetzt haben, werden wir wegen der zwangsläufigen weiteren Stellenbedarfe für Auflockerungsmaßnahmen bei der BAJ S das Äußerste versuchen, diese durchzusetzen.

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, lassen Sie sich durch diese Nachrichten nun bitte nicht irritieren. Auch wenn es im einzelnen Bereichen zu Stellenreduzierungen kommt, werden damit im Zusammenhang stehende Dinge nicht in Kündigungen sich niederschlagen; allerdings lassen sich Umsetzungen nicht gänzlich vermeiden. Hier wird aber, wenn man ein Mindestmaß solidarischer Gemeinschaft des Dienstes in einer diakonischen Einrichtung voraussetzt, ein humaner Weg gegangen werden, den in ähnlich schwierigen Lagen uns die frühere Hamburgische Landeskirche vorgemacht hat. Daß Kürzungen im Vergütungsgefüge im Gefolge von evtl. nötig werdenden Umschichtungen nicht geplant sind, darf ich Ihnen hier auch ganz offiziell verlautbaren. Vielleicht, ja hoffentlich nehmen Ihnen diese Ausführungen ein wenig die Furcht vor evtl. Existenzsorgen.

Ich bin Ihnen aber noch ein Wort zur Entwicklung der letzten Monate des Werner Otto-Institutes schuldig. Hier ist festzustellen, daß auch nach dem positiven Abschluß der Pflegesätze für den Klinikbereich in Höhe von DM 246,50 nach DM 199,-- sowie dem kostendeckenden Abschluß für den Sonder-Kindergarten noch ein erheblicher Verlust aus dem Ambulanzbereich übrig bleibt. Nach den derzeitigen Schätzungen beläuft sich der Betrag in 1981 auf DM 1,4 Mio. Um diesen Verlust zu beseitigen, wurde zweierlei veranlaßt:

1. In den z. Z. noch laufenden Verhandlungen mit der Kassenärztlichen Vereinigung und der Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände der Krankenkassen in Hamburg wurde Einigung über ein Verfahren erzielt, wie die Ermittlung einer kostendeckenden Pauschale pro Überweisungsschein und Kind erfolgen soll.

In Kürze werden Gutachter ihre Arbeit aufnehmen, um sowohl die medizinische Konzeption als auch die Wirtschaftsführung des WOI zu beurteilen. Das Ergebnis der Gutachten soll im Frühjahr 1982 vorliegen. Auf der Grundlage dieser Gutachten wird dann die kostendeckende Pauschale ermittelt.

2. Gleichzeitig werden eine Reihe von binnenbetrieblichen Maßnahmen zur besseren Auslastung der vorhandenen Kapazitäten beschlossen, die z. Z. eingeführt werden bzw. deren Einführung in Vorbereitung ist.

Beides zusammen soll sicherstellen, daß das WOI in seiner wirtschaftlichen Existenz langfristig gesichert wird, woran uns allen ohne Einschränkung liegt.

Auch die wirtschaftliche Situation des Evang. Krankenhauses bereitet uns für das Jahr 1981 einige Sorgen.

Aufgrund der Schließung der Wochenstation und der Gynäkologie muß mit einer Reduzierung der Berechnungstage um mindestens 8.000 gerechnet werden. Dadurch entstehen Mindereinnahmen von rd. DM 1,6 Mio. Es war nicht möglich, Maßnahmen einzuleiten, die eine entsprechende Kostensenkung bewirkten. Z. Z. sind Krankenhausleitung und Vorstand damit befaßt, nach Wegen zu suchen, die das Evang. Krankenhaus langfristig wirtschaftlich sichern.

Um der Sorgen bereitenden Ertragssituation insgesamt eine Steuerungsmöglichkeit zum Positiven hin entgegenzusetzen, ist eine verhältnismäßig straffe Wirtschaftsführung unerläßlich. Dies bedeutet eine sorgfältige, gewissenhafte Planung aller wirtschaftlichen Maßnahmen, verbunden mit einer laufenden Kontrolle der Abweichungen. Zu diesem Zwecke sind wir z. Z. dabei, ein über alle Bereiche Alsterdorfs reichendes Netz wirtschaftlicher Planung aufzubauen, verbunden mit einer Kostenstellenrechnung, die einen laufenden Vergleich zwischen vorgegebenen und verbrauchten Kosten ermöglicht. Damit soll den einzelnen Bereichen ein größerer Handlungsspielraum bei vorheriger Abstimmung der Planung gewährt werden. Gleichzeitig bietet sich aber die Möglichkeit, steuernd einzugreifen, falls die wirtschaftliche Situation dies erfordert. Bis dieses Verfahren einwandfrei funktioniert, werden sicherlich noch ein bis zwei Jahre vergehen. Bis zu diesem Zeitpunkt ist eine zentrale Kontrolle über alle wirtschaftlichen Maßnahmen unerläßlich, wenn Alsterdorf in seiner wirtschaftlichen Existenz nicht gefährdet werden soll.

Nun habe ich seitens des Vorstandes und seitens der Anstaltsleitung in gebührender Kürze, aber ich denke doch auch, in gebührendem Ernst die Dinge vorgetragen, die den Stand unserer Situation nüchtern schildern, aber auch die Schritte vor Ihnen ausgebreitet, die wir zu tun gedenken bzw. schon getan haben. Einzelheiten können ja von Ihnen in der Aussprache erfragt werden. Seien Sie versichert, daß das Äußerste an Schritten gewagt wird, wenn es darum geht, für unsere Bewohner sich einzusetzen. Aber glauben Sie bitte auch, daß uns Leuten des Vorstandes und der Leitung der Einsatz für die Bewohner und die Mitarbeiterschaft noch wesentlich mehr Freude bereiten würde, wenn wir davon ausgehen könnten, daß wir alle eine wirkliche Solidargemeinschaft sind.

Und hier wende ich mich an Sie alle, liebe Mitarbeiter! Wir haben Zeiten gehabt, da war diese Gemeinschaft selbstverständlich, und ältere Mitarbeiter denken gern an diese Zeiten zurück, und auch ich gestehe freimütig, daß man mitunter mit etwas Wehmut 5 bis 6 Jahre zurückdenkt, als das Band zwischen uns allen enger geknüpft war. Aber auch diese Seite unseres damaligen Anstaltsgeschehens soll man nicht romantisieren. Nüchterne Analyse wird erkennen, daß hier und da auch der Umbruch der Zeit nicht restlos begriffen worden ist. Es ist für unsere Gesellschaft eine "Zeit der Rechtsansprüche" herangerückt, eine Zeit der Forderungen nach der Selbstbestätigung und Selbstentfaltung der Menschen, und das gilt für Bewohner wie für Mitarbeiter. Nur können sich natürlich die Mitarbeiter gegen vermeintliche Vernachlässigungen ihrer Rechte besser wehren als die Bewohner. Deshalb brauchen diese auf der Schattenseite Stehenden die Rufer und notfalls diejenigen, die für sie klageführend eintreten. Vielleicht, sicherlich in manchen Fällen haben wir uns nicht hinreichend als Anwalt unserer Bewohner verhalten. Die Methoden solcher Anwaltschaft haben sich geändert; sie sind rauher geworden! Und das ist zunächst einmal im Raum der Diakonie ungewöhnlich, ja, war lange Zeit verpönt! Wenn aber der rauhe Ton, die härtere Gangart zum Erfolg für die Durchsetzung von Rechten für die Behinderten führt, muß hier von uns grundsätzlich mitgezogen werden. Allerdings kann das wirklich nur geschehen, wo es wirklich um unsere uns in unserer Satzung aufgetragene Sache geht. Wo artfremdes Geschrei sich erhebt und damit im Grunde nicht der Sache dient, sondern einem Prinzip der Negation, ist das vom Übel! Leider sind einige von uns hier anfällig, und das führt zu Spaltungen unter uns, die katastrophale Folgen haben und die letzten Endes wieder zu Lasten der Bewohner gehen; denn wo man sich hier und da nicht mehr traut, etwas zu sagen, weil das sofort nach draußen in falsche Kanäle geraten könnte, da kommt Unsicherheit in eine Abteilung hinein; da fürchtet man gar bespitzelt zu werden, und da ist dann die gute Motivation schnell verschwunden. Wir müssen, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wieder einig werden und unsere Flagge zeigen, ohne falschen Respekt im Binnenbereich, aber absolut loyal nach außen. Nur dann wird unsere Arbeit auch in Zukunft zum Segen für unsere Bewohner sein.

